

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2002)

Heft: 3: Klima-Pakt mit der Wirtschaft : warme Luft!

Artikel: "Wir werden den Beweis erbringen"

Autor: Bürki, Thomas / Marti, Kurt

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586885>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

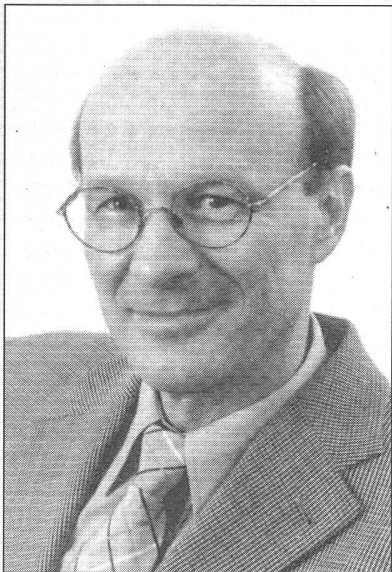
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Wir werden den Beweis erbringen»



Thomas Bürki: Mitglied der Geschäftsleitung der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW)

Energie&Umwelt: Vor mehr als einem Jahr hat die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) mit dem Bund einen Leistungsauftrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses unterzeichnet. Welche Resultate können Sie heute vorweisen?

Der Umsetzungsprozess geht in 2 Ebenen voran:

1. Auf welche Ziele verpflichten sich die Unternehmen, welche in diesem Prozess drin sind, per 2010? Hier können wir noch keine Resultate aufweisen, aber wir werden die vereinbarten Ziele ausweisen. Das ist ein gestaffeltes Verfahren. Die Zielvereinbarung für die erste Unternehmensgruppen sind durchs Auditverfahren des Bundes durch. Nach dem Audit hat der Bund Zusatzinformationen gefordert. Wir sind daran, diese Informationen zu liefern. Dann wird der Bund den definitiven Bericht erstellen. Wir haben die Zielvereinbarungen für die nächsten Gruppen eingereicht. Und dann kommen bis Ende Jahr gestaffelt mehr als 20 weitere Gruppen.

2. Auf der anderen Seite wird man im Monitoring jährlich darlegen, was diese Unternehmensgruppen konkret an Massnahmen realisiert haben werden und welche Resultate herausgekommen sind.

Welche Ziele wurden bis jetzt vereinbart?

Wir gehen mit Zahlen erst an die Öffentlichkeit, wenn sie vom Bund abgesegnet sind. Wir haben jetzt relativ gute Zahlen, d. h. wir haben die grossen Branchen unter Vertrag. Entweder sind die Zielvereinbarungen schon gemacht oder im Schlusspurt. Wie angekündigt wollen wir Ende 2002 die erste Phase abschliessen und dann das Volumen kontinuierlich vergrössern. Von Jahr zu Jahr arbeiten wir mit mehr Unternehmen zusammen, die immer grössere CO₂-Emissionen unter Vertrag bringen.

Sie sind also optimistisch, dass sie die Reduktionsziele des Bundes einhalten können?

Ja. Wir werden den Beweis erbringen, dass wir diese einhalten können. Die Zeichen deuten ganz klar darauf hin, dass der Bereich der Wirtschaft, der in der Agentur organisiert ist, den vom CO₂-Gesetz geforderten Beitrag auf jeden Fall erbringen wird. Das steht für mich ausser jedem Zweifel.

Die Wirtschaft hat immer den grossen Vollzugsaufwand von Gesetzen und Vorschriften kritisiert. Erfordert eine effiziente CO₂-Reduktion mittels einer Agentur nicht einen riesigen Apparat?

Effizient ist man dann, wenn man schlank ist. Wir sind drei Leute in der Geschäftsleitung der Agentur, wovon nur der Geschäftsführer von der EnAW angestellt ist. Die beiden anderen Mitglieder sind mandatiert. Daneben haben wir noch viele Moderatoren als Auftragnehmer, die aber ebenfalls mandatiert sind und damit keine Anstellung bei der EnAW haben. Die EnAW ist eine virtuelle Organisation!

Die neuste Gesamtenergiestatistik für 2001 zeigt, dass in den Bereichen Industrie und Dienstleistungen der Verbrauch an fossiler Energie wieder stark ansteigt. Also wurde mehr CO₂ ausgestossen und sie sind vom geforderten Ziel noch weiter entfernt.

Dass der Gesamtenergieverbrauch der Wirtschaft ansteigt, ist ein Faktum. Es handelt sich dabei um Zahlen der Energiestatistik für die ganze Schweiz. Unsere Mitglieder sind aber jene Unternehmen, welche einen relativ hohen

Energieverbrauch haben. Unsere Mitglieder sind alle massiv heruntergekommen mit den CO₂-Emissionen. Diese haben die Mehremissionen sicher nicht bewirkt. Wo hingegen der Mehrverbrauch eingetreten ist, das könnte ich im Moment nicht sagen. Sie haben natürlich Recht: Wenn mehr fossile Energie verbraucht wird, dann wird auch mehr CO₂ ausgestossen. Das ist rein physikalisch klar. Da gibt es nichts daran zu deuten.

Also gibt es viele Unternehmen, welche viel mehr Erdöl verbrauchen und mehr CO₂ ausstossen. Die kommen dann im Falle einer Abgabe mehr zur Kasse.

Das wäre die logische Konsequenz. Wenn der gesamte CO₂-Ausstoss angestiegen ist und ein Teil der Wirtschaft den Ausstoss reduziert, dann ist der Ausstoss zwangsweise für den Rest der Wirtschaft angestiegen. Nach der Einführung der Abgabe ist klar: Wer viel CO₂ ausstösst, muss mehr zahlen. Allerdings müssen diejenigen Unternehmen, welche vom Bund zertifizierte Verpflichtungen über eine Reduktion der CO₂-Emissionen haben, die Abgabe nicht bezahlen.

Der Energieverbrauch steigt und steigt. Ist deshalb nicht zwangsläufig mit der Abgabe zu rechnen?

Da würde ich mich jetzt noch nicht auf die Äste hinauslassen. Die Abgabe entscheidet sich nicht am Gesamtenergieverbrauch, sondern am fossilen Energieverbrauch. Zudem wird differenziert nach Brenn- und Treibstoffen. Das ist ein Entscheid, welchen der Bundesrat und das Parlament fällen müssen, auf Antrag des BFE und des Buwal. Das Parlament hat dann das letzte Wort über die Höhe der Abgabe. Da müssen sie das BFE fragen. Für uns wäre es von grossem Interesse zu wissen, wie hoch diese Abgabe sein wird, wenn sie kommt. Um unseren Mitgliedern auch etwas konkretere Berechnungsgrundlagen zur Verfügung zu stellen. Leider gibt es vom Bund dazu (was allerdings systembedingt unvermeidlich ist) noch keine definitiven Zahlen.

Interview: Kurt Marti



Fortsetzung von Seite 8

Jahrzehnt der Freiwilligkeit von 1990 bis 2000, welches für die Klima- und Energiepolitik ein verlorenes Jahrzehnt war. Der gesamte CO₂-Ausstoss der Schweiz stieg von 1992 bis 2001 um 5,3 Prozent an. (siehe Grafik)

Im Januar 2001 kam der Bundesrat zum Schluss: «Der freiwillige Ansatz zeigte im Laufe der Zeit seine Grenzen, denn auch freiwillige Massnahmen brauchen viel Zeit und Geld für Marktanalyse, Entwicklung von Produkten und Marktbearbeitung.» Und der Bundesrat kritisiert die Wirtschaft: «Energie 2000 konnte niemanden verpflichten, einen Beitrag zu leisten; ein erheblicher Teil der Wirtschaft beteiligte sich nicht am Programm.»

Falls sich bis 2004 abzeichnet, dass die Reduktionsziele bis 2010 nicht mit freiwilligen Massnahmen erreicht werden können, ist der Bundesrat verpflichtet, eine CO₂-Abgabe einzuführen. Trotz steigendem CO₂-Ausstoss gibt sich EnAW-Mann Bürki optimistisch: «Die Zeichen deuten ganz

klar darauf hin, dass der Bereich der Wirtschaft, der in der Agentur organisiert ist, den vom CO₂-Gesetz geforderten Beitrag auf jeden Fall erbringen wird.»

Economiesuisse schoss ein Eigengoal

Eine extrem optimistische Sicht, denn vier Jahre nach Inkrafttreten der gesetzlichen Grundlage liegen laut Bürki immer noch keine greifbaren Erfolgszahlen vor. Zur Zeit ist die EnAW erst daran, mit den Unternehmungen Reduktionsziele zu vereinbaren, welche diese bis 2010 verpflichtend einhalten sollten. Dabei handelt es sich bloss um einen Bruchteil des gesamten Energieverbrauchs der Wirtschaft, hauptsächlich um die besonders energieintensiven Betriebe. Von einer Breitenwirkung keine Spur. Die Strategen der Freiwilligkeit produzieren bis jetzt vor allem warme Luft. Einzig vor einem Jahr trat economiesuisse-Direktor Rudolf Ramsauer zusammen mit Bundesrat Moritz Leuenberger an die Öffentlichkeit, um einen Rahmenvertrag zu unterschreiben. Seither herrscht Funkstille.

Besonders deutlich wird die widersprüchliche Verhinderungspolitik der economiesuisse an der folgenden Aussage Bürkis: «Für uns wäre es von grossem Interesse zu wissen, wie hoch diese Abgabe sein wird, wenn sie kommt.» Genau das haben aber die Laufburschen der economiesuisse im National- und Ständerat verhindert. Sie wehrten sich mit Händen und Füssen gegen die definitive Einführung der CO₂-Abgabe mit einer vorhersehbaren Staffelung der Abgabe. Heute muss Bürkis Energieagentur die Unternehmen dazu mühsam aus dem Busch klopfen, damit sie ihren Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss senken. Wäre die CO₂-Abgabe vom Parlament beschlossen worden, würden sich jetzt die Unternehmen freiwillig und scharenweise an die EnAW wenden, um ihren Energieverbrauch zu senken und damit Geld zu sparen und Marktvorteile zu erwirken. Erschwerend kommt zudem hinzu, dass die Energieagentur über wenig personelle und finanzielle Mittel verfügt. Das Budget beträgt rund 12 Millionen, auf der Geschäftsstelle arbeitet eine einzige Person und die Homepage ist seit dem Millenniumsjahr 2000 im Dornröschenschlaf. □

Wachstumsbericht des Bundesrates

Nachhaltigkeit bloss im Nebensatz

«Mir scheint wichtig, dass die Nachhaltigkeit überall als Kriterium in die Entscheidungsfindung einbezogen wird: das soziale und ökologische, aber auch das wirtschaftliche Element.» Dieser schöne Satz stammt von David Syz, dem Direktor des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco). Dass Syz so schön redet, kommt nicht von ungefähr. Er ist nämlich Vorsitzender des Interdepartementalen Ausschusses IDARio, welcher die bundesrätliche «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» ausarbeitete.

Syz ist ein begnadeter Sonntagsprediger! Denn im Mai 2002, drei Monate vor der Konferenz von Johannesburg, veröffentlichte das seco den «Wachstumsbericht» zuhänden des Bundesrates. Und da sucht man die ökologische Komponente der Nachhaltigkeit vergeblich. Fast vergeblich! Denn in einem mickrigen Absatz, der offenbar nachträglich eingeschoben wurde, steht: «Der Bericht befasst sich bewusst nur mit der wirtschaftlichen



Foto: Keystone

Seco-Direktor David Syz: Peinliche Unterlassungen

Dimension der Nachhaltigkeit. Er unterstützt allerdings die Strategie des Bundesrates für eine nachhaltige Entwicklung.»

Der Wachstumsbericht befasst sich folglich mit der rein wirtschaftlichen Dimension von Nachhaltigkeit. Jetzt haben wir es auch offiziell aus dem Departement Couchepin, was man darunter versteht, nämlich traditionelle, wirtschaftliche Wachstumspolitik. Hier nur drei der Massnahmen des «Weissbuch»-Berichtes:

- Reformen im öffentlichen Versorgungsbereich
- Verhältnismässigkeit staatlicher Auflagen sicherstellen
- Wachstumsfördernde Steuerreformen anstreben

Bundesrat Pascal Couchepin zeigt sich entschlossen, die Massnahmen des Berichtes umzusetzen. Er hat den Bericht breit publiziert, mehrere Arbeitsgruppen eingesetzt und einen strengen Zeitplan festgelegt. Im krassen Gegensatz dazu wurde die Strategie Nachhaltige Entwicklung nicht publiziert, der Rat der Nachhaltigkeit wurde aufgelöst und der Bundesrat übernimmt keine Führungsrolle. Der politische Wille fehlt noch immer. □